

Kommunalwahlprogramm 2024 der Linksjugend [‘solid] MV

Eine Kommune für alle: holen wir sie uns zurück!

Nach den Jahren der Krisen und Notlagen stehen die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern an einem alarmierenden Punkt: Das Bildungsniveau ist alarmierend niedrig, Wohnen wird zum Privileg, Kultureinrichtungen kämpfen ums Überleben, und die Klimakrise erfordert dringende Maßnahmen. Doch wir glauben an die Kraft der Veränderung, an eine solidarische Gesellschaft und an die Möglichkeit, eine Kommune zu gestalten, die für alle lebenswert ist!

Bildung für Chancen, nicht für Profit!

Das Bildungsniveau in Deutschland war noch nie so schlecht wie heute. Seit Jahren leiden Schüler:innen, Auszubildende und Studierende unter einem chronisch unterfinanzierten Bildungssystem, in dem die Ausbildung der zukünftigen Generationen einer bloßen Verwertungslogik des Kapitalismus unterstehen. Statt einer so dringend benötigten Investitionsoffensive in marode Kindergärten, Schulen und Ausbildungszentren führt der restriktive Kurs der Schuldenbremse zu dramatischen Missständen im Leben vieler junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. In der Folge bestimmt zunehmend der Geldbeutel der Eltern die Bildungschancen des Kindes und statt einer sozial-gerechten Bildung für alle Kinder, herrscht in der Realität ein Kampf um den letzten KiTa-Platz oder den Erhalt der Schule im eigenen Dorf.

Wir streiten für ein Bildungssystem der Chancen! Denn gerade um diese Missstände anzugehen, benötigt es eine sozialistische Bildungspolitik auf kommunaler Ebene, die sich den dramatischen Zuständen in den Bildungseinrichtungen stellt und den Ausbildungsweg junger Menschen nicht zum Selbstzweck kapitalistischer Verwertungslogik verkommen lässt. **Wir fordern** eine flächendeckende Versorgung mit kostenlosen KiTa-Plätzen, ein auf Bedürfnisse der Schüler:innen und Auszubildenden ausgerichtetes Bildungssystem, sowie öffentliche Räume der Förderung, Integration und Kultur für junge Menschen in M-V!

Gleiche Chancen von Klein auf- Zukunft unabhängig vom Elternhaus!

Das Bild einer Chancengleichheit in Deutschland entspricht längst nicht der Realität und der Kampf um die beste Ausbildung beginnt bereits bei den KiTa-Plätzen. Sowohl in den größeren Städten als auch in den Dörfern fehlt es zunehmend an ausreichend KiTa-Plätzen. In der

Folge hat Mecklenburg-Vorpommern einen der schlechtesten Betreuungsschlüssel Deutschlands. Wir streiten für eine ausgiebig finanzierte Kinderbetreuung in öffentlicher Hand, ohne zusätzliche Kosten für Eltern und mit einer gesicherten Finanzierung von Ausstattung und Personal.

1. Es braucht ein flächendeckendes Betreuungsangebot durch kostenlose KiTa-Plätze in der Stadt und auf dem Land. Dafür braucht es Einrichtungen in kommunaler Hand und nicht in freier Trägerschaft!
2. Wir fordern einen Betreuungsschlüssel von max. 7 Kindern auf eine Fachkraft.
3. Kostenloses Essensangebot in den KiTa's aus regionaler und nachhaltiger Produktion.
4. Fachkräftemangel entschieden entgegnet: Für eine bessere Bezahlung von Betreuungspersonal von Kindern und Jugendlichen nach Tariflohn.
5. Eine bedarfsgerechte Förderung von besonderen pädagogischen Schwerpunkten wie Integrationskonzepten, Fremdsprachenförderung und Klimabildung.

Schulen sind keine Lernfabrik- Kreativität statt Effizienz im Lehrbetrieb!

Schulen stellen einen zentralen Lebensschwerpunkt im Leben von Schüler:innen und Auszubildenden. Und dennoch sind viele Schulen in M-V in einem maroden Zustand. Dabei fehlt es nicht nur an einer bedarfsgerechten Ausstattung der Klassenräume für moderne Lehrmethoden, sondern auch an unterrichtsbegleitenden Infrastruktur für Schüler:innen und Auszubildende. Wir setzen uns für eine Schule der Kreativität ein und begreifen Schulstandorte nicht als Lernfabriken, sondern als einen Ort der persönlichen Entwicklung in der Gemeinschaft. Dafür braucht es Bildungseinrichtungen, in denen sich Schüler:innen neben dem regulären Lehrbetrieb frei von Stress und Zwang entwickeln können.

1. Die materielle Ausstattung der Schulen muss an die Bedürfnisse der Schüler:innen angepasst werden. Dafür müssen Kommunen in die finanzielle Lage versetzt werden, um dies zu gewährleisten. Es braucht hier eine Bildungsoffensive durch Investitionen von der Landes- und Bundesebene.
2. Wir fordern bedarfsgerechte Freiräume für Schüler:innen in den Bildungseinrichtungen, wie Freizeiträume, interaktive Gruppenräume, PC-Pools oder Sportanlagen.
3. Jeder Schulstandort braucht den Anschluss an eine Schwimmhalle! Wir fordern einen kostenfreien Schwimmunterricht für alle Schüler:innen.

4. Jeder Schulstandort muss mit mindestens zwei Schulsozialarbeiter:innen und einer psycho-sozialen Beratungsstelle ausgestattet werden, um besonders die jungen Schüler:innen im stressigen Alltag zu unterstützen.
5. Wir fordern eine Ausbildungsförderung für kleine Betriebe in der Region, um neue Ausbildungsstellen aktiv zu fördern und regionale Betriebe zu stärken.
6. Langfristig soll das Angebot einer Ganztagschule für aller Schüler:innen sichergestellt werden.

Wohnen und Kultur

Für uns ist klar: Wohnen ist ein Grundrecht und kein Privileg!

Ob Greifswald, Rostock oder Schwerin – im ganzen Land steigen die Mieten. Insbesondere den jungen Menschen wie Auszubildenden und Studierenden fällt es schwer, eine erschwingliche Wohnung zu finden. Hinzu kommt ein von Profit und Spekulation getriebener Markt, der mit Wohnhäusern schachert, statt sie zu sanieren. Der Mieter*innen aufgrund von Eigenbedarf rausschmeißt, um die nächste Preissteigerung durchzusetzen. Ein ausbeuterisches und undankbares System, dass es zu durchbrechen gilt.

Auf kommunaler Ebene finden wir die Werkzeuge dafür. Als Linksjugend stellen wir uns gegen die weitere Privatisierung von Gebäuden und Grundstücken. Wohnen gehört als zentraler Pfeiler der Daseinsfürsorge in öffentliche Hand. Wir setzen uns für die Kommunalisierung von Wohngebäuden und die Enteignung von Spekulationsobjekten ein. Die Kollektivierung der Wohnungen in kommunalen Eigenbetrieben und Genossenschaften allein reicht aber nicht. Wir müssen auch die Bezahlbarkeit gewährleisten. Lokale Mietendeckel, ein Mietestopp und sozialer Wohnungsbau erscheinen dabei als Mittel der Wahl. Wir wollen aber auch die Wohnformen und die Bedürfnisse der Menschen aufeinander abstimmen. Wir brauchen günstige Wohnheime für Auszubildene und Studierende. Altersgerechte Wohnungen und Mehrraumwohnungen für Familien und Senior*innen. Dabei sind Neubauten und Sanierungen so zu gestalten, dass einer weiteren Segregation entgegengewirkt wird.

1. Wir fordern die Weiterführung der Mietpreisbremsen in Greifswald und Rostock sowie eine Einführung in weiteren Städten (z.B. in Schwerin), um den rasanten Anstieg von Mietkosten zu stoppen.

2. Wir stehen für eine Kollektivierung von Wohnraum in den urbanen Zentren durch kommunale Eigenbetriebe und Genossenschaften. Wohnraum in M-V darf kein Spekulationsobjekt bleiben!
3. Aufgrund von Spekulationsrechnungen bleiben viele Häuser leer oder in einem unbewohnbar Zustand. Wir sind der Meinung, dass Eigentum verpflichtet und fordern daher auf kommunaler Verwaltungsebene eine konsequente Überprüfung von leerstehenden Immobilien. Im Fall von beabsichtigtem Leerstand durch die Eigentümer:innen fordern wir konsequente Enteignungsverfahren.
4. Wir sehen auch die Kreisebene in der Pflicht, auf die katastrophale Wohnungsnot zu reagieren und fordern Investitionen in kommunale Wohnbauprojekte durch Eigenbetriebe und Genossenschaften.
5. Wer junge Menschen im Land halten möchte, muss für gute Standortbedingungen sorgen. Dazu zählen auch bezahlbare Wohnheime für Studierende und Auszubildende. Wir sehen auch hier die Gemeinden und die Kreisebene in der Verantwortung, gemeinsam mit den Studierendenwerken am Ausbau von Wohnheimstandorten mitzuwirken.
6. Wir fordern den Erhalt der Wohnsitzprämien bzw. Umzugshilfen für Studierende und Auszubildende in Rostock und Greifswald. Die Summe soll dabei die Marke von 200 Euro nicht unterschreiten.

Kultureinrichtungen stärken und Jugendtreffs schaffen!

Ob Jugendzentrum, Stadtteiltreff oder Club – ständig befinden sich Kultureinrichtungen in einem Abwehrkampf, um der eigenen Schließung zu entgehen. Insbesondere in Randbezirken und kleineren Kommunen fehlt es öffentlichen Orten, wo Jugendliche zusammenkommen können. Viel zu oft wird die Kulturförderung als freiwillige Aufgabe der Kommunen als erstes vom Sparhammer erschlagen, wenn nötige Mittel fehlen.

Als Linksjugend ist uns die Bedeutung von kulturellen Angeboten insbesondere für junge Menschen klar. Es braucht langfristige Finanzierungszusagen für Kultureinrichtungen und Jugendzentren. Bei der Planung von Stadtvierteln sind zwingend öffentliche Plätze und Orte einzurichten, an denen jungen Menschen zusammenkommen können. Dabei sind Räume und Flächen durch die Kommune bereitzustellen, damit Kultureinrichtungen nicht von der Willkür eines privaten Vermieters abhängig sind. Schon bei der Planung sind breite Beteiligungsprozesse einzurichten, damit die Bedürfnisse und Wünsche der Nutzer*innen von Anfang an berücksichtigt werden. Auch im ländlichen Raum müssen Jugendtreffs geschaffen werden, um

der Atomisierung der Gesellschaft und der Landflucht entgegenzuwirken. Die Verwaltung und Betreuung dieser kulturellen Orte dürfen dabei nicht ins Ehrenamt verlagert werden. Es ist Aufgabe der Kommunen entsprechende personelle Ressourcen vorzuhalten.

1. Wir fordern endlich langfristige Finanzierungszusagen für die Träger von Jugendtreffs und Sozialeinrichtungen für Kinder und Jugendliche.
2. Es müssen dringend bürokratische und finanzielle Hürden für die Träger von Jugendtreffs und Sozialeinrichtungen für Kinder und Jugendliche abgebaut werden. Statt komplizierter Förderung über nicht bedarfsgerecht geplante Projektöpfe fordern wir eine langfristige, unbürokratische und bedarfsgerechte Förderung aller Trägerschaften.
3. Die Sozialarbeit in den Gemeinden braucht qualifiziertes Personal. Ohne tarifgebundene Löhne und gesicherte Personalkosten ist die dringend benötigte Betreuung von Kindern und Jugendlichen durch Sozialarbeiter:innen nicht sicherzustellen. Die Landkreise müssen sich hier endlich in der ideellen und finanziellen Verantwortung für diese gesellschaftsrelevanten Aufgaben sehen!
4. Wir stellen uns gegen jegliche Schließungen von Jugendsozialeinrichtungen in den Städten und Dörfern Mecklenburg-Vorpommerns!
5. Es muss sichergestellt werden, dass Kinder und Jugendliche an der weiteren Erhaltung und Gestaltung von Jugendtreffs beteiligt sind. Dafür fordern wir die konsequente Etablierung von Kinder- und Jugendparlamenten auf Gemeinde- und Kreisebene!

Klima, Verkehr, Infrastruktur - Handeln für eine lebenswerte Zukunft!

Die Klimakrise bedroht unsere Existenz. Sie ist eine der drängendsten Herausforderungen unserer Zeit. Die Auswirkungen sind bereits jetzt spürbar und betreffen Menschen, Tiere und Ökosysteme weltweit. Zu den sichtbaren Folgen gehören extremere Wetterereignisse wie Hitzewellen, Stürme und Überschwemmungen, der Anstieg des Meeresspiegels, das Abschmelzen von Gletschern und Eisflächen, sowie die Verschiebung von Ökosystemen und Arten. Die aktuelle Politik ist weder klimagerecht in Bezug auf die Treibhausgasemissionen noch klimaangepasst in Hinblick auf die kommenden gravierenden Veränderungen durch den Klimawandel. Auf kommunaler Ebene müssen wir daher zwei Ziele verfolgen: die Emissionen bis 2030 auf Null senken und die Städte und Dörfer auf die Folgen der Klimakrise wie Starkregen oder extreme Hitzeperioden vorbereiten.

Verkehrswende

Wir brauchen sowohl eine klimagerechte als auch eine mobilitätsgerechte Verkehrswende. Der Verkehrssektor ist für einen erheblichen Teil der CO₂-Emissionen verantwortlich. In Deutschland verursacht er rund 20% der Treibhausgasemissionen. Eine Verkehrswende auf kommunaler Ebene trägt deshalb entscheidend dazu bei, die Treibhausgasemissionen zu verringern und die lokalen Klimaziele zu erreichen. Darüber hinaus müssen die Mobilitätsbedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer:innen berücksichtigt werden, dazu gehören auch Kinder, Eltern, Rentner:innen, Menschen mit Behinderung sowie alle Menschen, die sich ein Auto nicht leisten können oder keines fahren dürfen. Der momentan auf fließenden KfZ-Verkehr ausgerichtete Stadtverkehr ist strukturell benachteiligend gegenüber diesen Statusgruppen. Dafür fordern wir:

1. Ein flächendeckendes Tempolimit von 30 km/h in Stadtgebieten nach dem Vorbild der Stadtinitiative „Lebenswerte Städte“.
2. Einen Ausbau von Fußgängerzonen und Fußgängerüberwegen für ein sichereres Stadtklima für alle Straßenverkehrsteilnehmende.
3. Einen Ausbau von Fahrradstraßen, um das Fahrrad als priorisiertes Verkehrsmittel zu stärken.
4. Dafür brauchen wir eine Parkraumreduzierung und Flächenumnutzung ehemaliger Parkplätze in den Innenstädten, um den zugestellten Platz durch Autos für alle nutzbar zu machen.
5. Um die klimafreundliche Mobilität in Städten und Dörfern zu sichern, setzen wir uns für einen kostenfreien und flächendeckenden ÖPNV ein. Dafür braucht es Investitionen in neue Haltestellen, neue Buslinien und eine höhere Taktung der Busse.
6. Es braucht eine faire Bezahlung nach Tarif für alle im ÖPNV-Beschäftigten.
7. Bis 2035 fordern wir einen vollständig auf Elektrobetrieb umgerüsteten ÖPNV.
8. Mit Blick auf das Ziel von klimaneutralen Städten fordern wir in den urbanen Zentren Mecklenburg-Vorpommerns autofreie Innenstädte bis 2035.

Klimaanpassung

Um den Folgen der Klimakrise hierzulande begegnen zu können, sind Anpassungsstrategien auf kommunaler Ebene notwendig. Viele Gebäude sind weder gegen Hitzeperioden noch ge-

gen Überschwemmung ausreichend geschützt. Als wasserreiche Küstenregion ist für uns auch Küsten- und Hochwasserschutz zentral. Dabei muss soziale Gerechtigkeit immer ein integraler Bestandteil sein. Maßnahmen müssen darauf abzielen, Phänomene wie Gentrifizierung oder Segregation nicht zu verstärken. Denn es besteht immer die Gefahr, dass Anpassungsmaßnahmen dazu führen, dass bestimmte Gebiete aufgewertet werden, was sie für ärmere Menschen unbezahlbar macht. Dem muss man entgegenwirken.

1. Wir fordern die Entwicklung von sozialen Hitzeschutzkonzepten. Dazu zählt beispielsweise das Installieren von öffentlichen Trinkwasserspendern, der Erhalt und die Förderung von Grünflächen, die Nutzung von Dächern als Grünflächen oder das Schaffen von Luftleitbahnen in Stadtgebieten.
2. Auf jedem Marktplatz muss ein öffentlicher Trinkwasserspender und eine öffentliche Toilette stehen!
3. Wo möglich und sinnvoll, muss alter Beton weg: wir brauchen eine gezielte Flächenentsiegelung.
4. Wir fordern einen stärkeren Fokus auf die Weiterentwicklung von Küstenschutzkonzepten, die sich an die realistischen Szenarien einer Klimakatastrophe orientieren.
5. Wir setzen uns für eine sozialökologische Stadtentwicklung ein.

Energiepolitik

Die Energieversorgung gehört zurück in kommunale Hand. Gerade mit Blick auf den ökologischen Umbau unserer Energieinfrastruktur werden derzeit Milliarden an Fördersummen an privatwirtschaftliche Unternehmen gereicht, die mit der Versorgung von Haushalten mit Wasser, Strom und Wärme Milliardengewinne einfahren. Wir stehen für einen sozial verträglichen Umbau unserer Energieinfrastruktur: nicht im Interesse der Aktionäre, sondern nach den Bedürfnissen der Menschen vor Ort. Genau dafür brauchen wir Stadtwerke in kommunaler Hand! Hierhin müssen die Milliarden an Fördersummen fließen. Wir fordern nicht nur eine klimaneutrale Energieversorgung, sondern vor allem eine klimagerechte Versorgung, denn was bringt Ökostrom, wenn ihn sich niemand leisten kann?

1. Wir fordern eine strikte Rekommunalisierung der Energie- und Wasserversorgung durch Investitionen in kommunale Stadtwerke.

2. Wir wollen einen flächendeckenden Ausbau von Photovoltaik-Anlagen. Hier darf nicht nur das Eigenheim bedacht werden, sondern auch Mehrfamilienhäuser müssen davon profitieren!
3. Energieinfrastrukturen gehören nicht in die Hände von Aktionären: wir möchten den Ausbau von Energiegenossenschaften fördern, um kommunale Projekte wie Photovoltaik-Parks in kommunaler Hand zu ermöglichen.
4. Besonders in urbanen Zentren muss es eine flächendeckende Versorgung mit Fernwärme geben. Hier braucht es Investitionen in den Ausbau.

Antifa und Antira – Stärkt das Engagement für eine offene Gesellschaft!

Rechte Kräfte sind auch in Mecklenburg-Vorpommern auf dem Vormarsch und machen mobil. Als antifaschistischer Jugendverband müssen wir uns auch auf kommunaler Ebene der traurigen Realität stellen und dem Rechtsruck entschlossen entgegenreten. Ob in der Stadt oder auf dem Dorf – wir brauchen einen antifaschistischen Standpunkt auch in der Kommunalpolitik.

Stoppt die Scheindebatten: Für eine progressive Migrationspolitik in den Kommunen!

Während Rechtsextreme und Teile des konservativen Bürgertums die Notlage der normalen Arbeiter:innen ausnutzen, um aggressiv Stimmung gegen Geflüchtete zu machen, muss sich Die Linke – als noch einzig verbliebende Partei – für eine menschenwürdigen Asylpolitikeinsetzen. Nicht zur Seite muss der:die Arbeiter:in treten, sondern nach oben! Weder Geflüchtete noch Menschen mit Migrationshintergrund sind für den derzeitigen Wohnungsmangel verantwortlich, sondern die auf Spekulation und gewinnorientierte Wohnungspolitik der letzten 30 Jahre. Gerade auf kommunaler Ebene haben wir die Werkzeuge, um eine humanitäre Versorgung zu ermöglichen und zugleich den Weg für eine bestmögliche Integration zu gewährleisten. Statt Scheindebatten um Obergrenzen und Abschiebungen zu führen, fordern wir jetzt Unterstützungsmaßnahmen für die Kommunen.

1. Eine Zusammenarbeit mit der AfD oder AfD-nahen Organisationen und Gruppen ist für uns ausgeschlossen. Wir fordern eine konsequente Distanzierung der Partei Die Linke in der Kommunalpolitik.
2. Statt zu Scheindebatten über Abschiebung und Obergrenzen beizutragen, fordern wir die Etablierung von hauptamtlichen Integrationsbeauftragten in den Landkreisen. Ehrenamtli-

che Strukturen reichen hier längst nicht mehr aus, um eine echte Integrationspolitik umsetzen zu können.

3. Hauptamtliche Integrationsbeauftragte müssen darüber hinaus von Integrationslotsen unterstützt werden, die gezielt in den Gemeinden die dringend benötigten Hilfestellungen für Geflüchtete leisten können. Die zur Verfügung zu stellenden Personalstellen durch den Kreis müssen dabei bedarfsgerecht an die im Kreis vorhandenen Erstaufnahmestellen von Geflüchteten orientieren.
4. Eine Unterbringungen von Geflüchteten in sogenannten Massenunterkünften mit mehr als 300 Einwohner:innen lehnen wir ab. Wir fordern eine möglichst dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in den Gemeinden.
5. Wir setzen uns für die Umsetzung des 10-Punkte-Aktionsplans der UNESCO „zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung auf kommunaler Ebene in Europa“ ein und fordern auf kommunaler Ebene dessen Umsetzung (vgl. <https://www.eccar.info/en/10-point-action-plan>). Stralsund ist bisher die einzige Stadt in M-V, die sich diesem Plan angeschlossen hat.
6. Wir fordern eine konsequente Umsetzung der Forderungen der Initiative „Seebrücke“ durch die Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern (vgl. <https://www.seebruecke.org/mach-mit/deutschland/mecklenburg-vorpommern/greifswald/sicherer-hafen>). Städte wie Greifswald, Rostock und Neubrandenburg sind bereits „Sichere Häfen“ und weitere müssen folgen.

Rassistisches und faschistisches Gedankengut entschlossen entgegentreten!

Zeitgleich sehen wir unsere Gesellschaft bedroht durch das Wiedererstarken rechter Strukturen in den ländlichen Regionen. Rassistische Angriffe, Queerfeindlichkeit und Hass auf alternative Lebensweisen sind mittlerweile längst traurige Realität in Mecklenburg-Vorpommern. Aus unserer Sicht ist hier eine antifaschistische Bildungsoffensive dringend notwendig durch die Förderung von (Jugend-) Bildungseinrichtungen und Demokratieförderzentren. Rassistisches und faschistisches Gedankengut darf auch in einem Flächenland wie M-V keinen Platz finden!

1. Wir fordern eine antifaschistische Bildungsoffensive durch die Stärkung von (Jugend-) Bildungseinrichtungen.
2. Dem rassistischen und faschistischen Gedankengut muss sich konsequent entgegengestellt werden. Wir fordern die finanzielle Unterstützung von kommunalen Kulturprojekten zum

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, beispielsweise durch die Förderung von Verlegungen von Stolpersteinen für politisch Verfolgte oder Gedenkorte wie der Mehmet-Turgut-Weg in Rostock.

3. Demokratisches und antifaschistisches Engagement braucht Freiräume: wir fordern den Ausbau von antirassistischer und antifaschistischer Jugendarbeit und Rechtsextremismusprävention durch kommunale Projektförderungen.
4. Rechtsextreme und Reichsbürger*innen müssen konsequent durch kommunale Aufsichtsbehörden entwaffnet werden.